



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Kämpfe unserer Lehrerschaft

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Kämpfe unserer Lehrerschaft



er Zufall hat es gefügt, daß uns im Verlaufe von wenigen Tagen eine Anzahl von Beiträgen zugegangen ist, die in ihrer Gesamtheit ein treffendes, wenn auch skizzenhaftes Bild von den Kämpfen entwerfen, die unsere Lehrerschaft gegenwärtig ausficht. Die einzelnen Artikel sind wohl geeignet, einander zu ergänzen und auch zu beleuchten. Wir hoffen daher den Wünschen unserer Leser entgegenzukommen, wenn wir, ohne selbst zu allen einzelnen Fragen Stellung zu nehmen, unsere geschätzten Mitarbeiter im folgenden nacheinander zu Worte kommen lassen. Uns scheint der Ertrag der Gesamtpublikation für den aufmerksamen Leser größer zu sein als die Summe der Einzelbetrachtungen. Unbeabsichtigt hat sich unter unseren Händen eine schöpferische Synthese vollzogen.

Die Schriftleitung.

### Die Schule des Lebens

Erich Schlatkjer veröffentlichte jüngst in einer Berliner Tageszeitung einen Aufsatz unter dem Titel „Die Schule und die nationale Wiedergeburt“. Diese machte er abhängig von einer Reform der Schule, und zwar nannte er die bestehende die Schule des Todes und die kommende die Schule des Lebens. Wer von dieser Schule des Lebens etwas zu erfahren wünsche, möge, so riet er, die vortrefflichen Schriften des Bremer Schulreformers Heinrich Scharrelmann lesen.

Interessant ist es nun zu lesen, auf welchem Wege dieser Reformers zu einer nationalen Wiedergeburt gelangen will, über den sein jüngstes Buch „Erlebte Pädagogik“ Aufschluß gibt. Seine Ansichten wären bedeutungslos für das große Publikum, wenn nicht ein großer Teil der Volksschullehrerschaft wie auf einen pädagogischen Messias auf ihn blicke und auch schon in mehreren Lehrerversammlungen, zum ersten Male anlässlich seiner Disziplinierung in Bremen, Kundgebungen ihm zu Ehren veranstaltet worden wären. So ist zu befürchten, daß seine Gedanken, auch die, die unserer deutschen Schule und damit der deutschen Kultur schweren Gefahren entgegentreiben, auf fruchtbaren Boden fallen und zum Schaden unserer Heimat in die Lat umgesezt werden.

Scharrelmann, dem niemand Intelligenz, psychologisches Verständnis und literarische Fähigkeiten absprechen wird, geht in seiner Bekämpfung der alten Schule so weit, daß er die bisher geübte bewußte Förderung der Vaterlands-

liebe für unmoralisch erklärt: „Wir Lehrer des Volkes“ — so schreibt er — „haben zu tun, was in unseren Kräften steht, um die Unterschiede der Nationalitäten auszumerzen. Wir haben daher jeden Patriotismus zu bekämpfen (!), mag er eine Form annehmen, welche er will. Bewußte Erziehung zum Patriotismus bedeutet immer eine Unterminierung von Gesittung und Kultur im Volke und ist somit direkt unmoralisch. Jede patriotische Regung ist nämlich im tiefsten Kerne unmoralisch.“ An anderer Stelle nennt dieser Jugenderzieher jeden Patriotismus antireligiös, und weiterhin behauptet er: „Liebe zur engeren Heimat macht die Menschen unfrei.“

Solche Anschauungen aufs energischste zu bekämpfen ist vaterländische Pflicht, denn die deutsche Schule soll nicht zu rückgratlosem Kosmopolitismus erziehen, sondern zu wahren, echtem Vaterlandsgefühl. So sehr jeder Einsichtige einem äußerlich bleibenden Hurrapatriotismus den Einzug in die Schulen verwehren wird, so wenig wir davon überzeugt sind, daß das beste oder gar einzige Mittel, in unsern Schülern vaterländisches Gefühl zu wecken, Schulfeiern und patriotische Feste sind, so sehr wollen wir uns dagegen verwahren, daß unsere Jugend zu internationalem Molluskentum, zur Gesinnungslosigkeit erzogen wird. Eine entschiedene Vertretung des vaterländischen Gedankens, besonders im Geschichts- und Sprachunterricht, müssen wir anstreben, sie ist zur Charakterbildung unentbehrlich, und auch die großartig klingenden Phrasen von der „sozialen Gerechtigkeit“ und „großzügigem Weltbürgertum“ beweisen keineswegs ihre Überflüssigkeit. Wir wären die Errungenschaften unserer Väter nicht wert, wollten wir vergessen, was gerade in vergangener Zeit die bewußte Pflege des nationalen Gedankens für Erfolge gezeitigt hat. Man denke an die Männer, die vor hundert Jahren in diesem Sinne gewirkt haben, und vergesse nicht, daß in absehbarer Zeit Völker, die es unterlassen, vaterländische Gesinnung in ihrer Jugend zu pflegen, politisch schwere Einbuße erleiden werden. Es ist wirklich lächerlich, immer wieder von einem großen Teil der Lehrerschaft darüber aufgeklärt zu werden, daß das, was wir vaterländisch oder national nennen, im Grunde politisch sei. Es ist auch leider nicht mehr zu bezweifeln, daß dieser Teil der Lehrerschaft Schrittmacher der Sozialdemokratie ist.

Scharrelmann belehrt uns hierüber: „Wieviele Lehrer mag es in Deutschland geben, die — natürlich heimlich (!) — zur Sozialdemokratie gehören. Wieviele stehen überhaupt politisch und religiös so links wie möglich.“ Wir werden uns jetzt nicht mehr zu wundern haben über den Zustrom gerade an Jugendlichen, deren sich die sozialdemokratische Partei erfreut, wenn Scharrelmann recht hat. Und wenn er nicht recht hätte, dann wäre es die höchste Zeit, daß seine Standesgenossen recht sichtbar von ihm abrückten.

Man erstaunt aber, wenn man als Ursache dieser für einen Jugendlehrer immerhin befremdlichen Anschauung das Gefühl der Nachsucht erkennt:

„Die deutschen Behörden haben inzwischen durch den Ausfall der letzten Reichstagswahlen die Quittung der Lehrerschaft über die fortgesetzte und syste-

matische Brückierung des ganzen Standes erhalten. Dieser Ausgang der Wahlen ist durchweg die Arbeit der deutschen Volksschullehrer.“

Der aus dem letzten Satze sprechende Dünkel wird noch übertroffen durch die an Größenwahn grenzende Anschauung: „Wie es überhaupt einmal ganz offen ausgesprochen werden muß, daß es die deutsche Volksschullehrerschaft ist, die seit Gründung die Reichstagswahlen gemacht hat.“

Wir wollen hoffen und wünschen, daß der Satz in dieser Verallgemeinerung unzutreffend ist, sonst müßte man der deutschen Lehrerschaft den schweren Vorwurf machen, ihre Pflichten gräßlich und gewissenlos verletzt zu haben.

In diesem Dünkel fühlen sich Leute vom Schläge Scharrelmanns durch jede, aber auch jede noch so berechnete Anordnung der Behörde verletzt, und jeder ist doch nicht literarisch so gewandt wie Scharrelmann, daß er trotz der Hinauskomplimentierung aus dem Amte sein Brot findet. Was sollen nun diese armen Kerle tun? Scharrelmann gibt darauf folgende Antwort: „Eine offene Empörung hätte keinen Zweck, aber die heimliche gegen alle Intentionen (gemeint sind Intentionen) der Behörden gerichtete Maulwurfsarbeit des passiven Widerstandes ist darum um so wirkungsvoller.“

Gut ab vor dieser noblen und tapferen Gesinnung! Sie will so schlecht passen zu dem angeblichen Einfluß und der unbezwinglichen Macht, die dem Volksschullehrerstande eigen ist. Er macht die Wahlen, ja er macht auch die Kultur, denn: „würde sich die Lehrerschaft einmal grundsätzlich von aller privat geleisteten Kulturarbeit zurückziehen und alle öffentliche Tätigkeit im Dienste der Volksbildung und Meinungsbeeinflussung einstellen, so würde das gesamte Reich langsam aber todsicher an Stumpfsinn zugrunde gehen.“

Anderer Stände leisten nichts für Kulturbestrebungen irgendwelcher Art, natürlich ganz und gar nicht der Oberlehrerstand, der nach „Protektion und Geldheirat strebt“ (Ein jeder lehre vor seiner Tür!), den die Volksschullehrer „so im ganzen genommen dreimal in den Sack stecken“. Ebensovienig leisten die Theologen etwas: „Die Pfaffen verlieren Tag für Tag selbst in ihren treuesten Provinzen an Macht und Einfluß.“

Aber auch der Kaufmann findet keine Gnade vor Scharrelmanns Augen:

„Der so oft breitspurig und aufgebläht auftretende deutsche Koofmich (sic!) kommt als Kulturverbreiter höchstens für die Kolonien in Betracht.“ Aber „das deutsche Volk besteht — Gott sei Dank!! — nur zum kleinsten Teile aus Kaufleuten“.

Leute, die über die Wertung der Berufsarbeit der einzelnen Stände und die Förderung der Kultur durch sie anderer Meinung sind, werden in gerechter Abwägung ihrer Urteilsfähigkeit als „blind für die Zeit“, „böswillig“ oder „einsichtslos“ bezeichnet.

Diese Proben werden genügen, um zu zeigen, wie der Geist beschaffen ist, der in der neuen Schule des Lebens herrschen soll.

Die Behörden haben ihre Stellungnahme zu Scharrelmanns Ansichten kundgetan, jetzt hat die deutsche Lehrerschaft das Wort.

Oberlehrer Friedrich Rommel in Berlin-Halensee

### Zulassung der Volksschullehrer zum Universitätsstudium

Das an sich berechtigte und höchst erfreuliche Streben der Volksschullehrer nach einer vertieften, mehr wissenschaftlichen Bildung hat neuerdings mehrfach Wünsche hervortreten lassen, die dahin zielen, daß die Ausbildung für den Beruf des Volksschullehrers durch die Universität gehen und erst dort ihren Abschluß erhalten solle. Besonders wirksamen Ausdruck hat dieser Gedanke auf der Deutschen Lehrerverammlung gefunden, die im Jahre 1904 in Königsberg i. Pr. tagte. Dort hielt Karl Muthesius, Erster Seminarlehrer (jetzt Schulrat) in Weimar, einen Vortrag über „Universität und Volksschullehrerbildung“, in welchem er für das allgemeine Verlangen nach Anteil an den höchsten Bildungsanstalten des Staates in erster Linie die „Überzeugung von der trotz aller ständischen Gliederung des Volkskörpers bestehenden Gleichheit der Menschenrechte“ geltend machte, dann aber mit genauerer Begründung auf die Sache einging und zuletzt scharf unterschied zwischen dem Vollkommenen, das von Rechts wegen gefordert werden müsse, und dem Geringeren, womit man sich einstweilen begnügen wolle. „Das Streben auf die beiden ersten Stationen beschränken,“ so erklärte er, „heißt nicht, große Prinzipien verleugnen, um kleine Erfolge zu erreichen; denn diese Stationen liegen in gerader Richtung nach dem Ideal, und unsere Haupt Sorge muß in dieser Zeit des Überganges, da alles noch ineinanderfließt, darin bestehen, mit klarem Blick diese Richtung festzuhalten.“ In diesem Sinne waren auch die Leitsätze gehalten, die von der Versammlung angenommen wurden. Sie lauten:

1. Die Universitäten als Zentralstellen wissenschaftlicher Arbeit sind die geeignetste, durch keine andere Einrichtung vollwertig zu ersetzende Stätte für die Volksschullehrerbildung.

2. Für die Zukunft erstreben wir daher die Hochschulbildung für alle Lehrer.

3. Für die Jetztzeit dagegen fordern wir, daß jedem Volksschullehrer auf Grund seines Abgangszeugnisses vom Seminar die Berechtigung zum Universitätsstudium erteilt werde.

Neun Jahre ist es her, daß dieser Beschluß gefaßt wurde; und man kann wohl nicht sagen, daß die Ansprüche, die der Deutsche Lehrerverein damit erhoben hat, seitdem aufgegeben oder herabgesetzt worden seien. Neuerdings wieder hat sie Generalsekretär Johannes Lews nachdrücklich vertreten in einem Vortrage, den er auf der Versammlung des Goethebundes in Berlin am 3. Dezember 1911 über „die deutsche Volksschule“ hielt\*). Da ging er von dem

\*) Abgedruckt in der Sammlung „Die Schule der Zukunft“, Buchverlag der Hilfe, Berlin-Schöneberg 1912 (vgl. die Besprechung in den Grenzboten 1913, Heft 5 Seite 213).

Grundsatz aus: „Die Volksschule soll und will dasselbe, was jede andere Schule für Kinder desselben Alters will“. Und daraus leitete er die Forderung ab: „Der Volksschullehrer gehört dahin, wo überhaupt die Kultur lebt, er gehört mit seiner allgemeinen Vorbildung in die allgemeinen Bildungsanstalten, er gehört mit seiner Fachbildung dahin, wo die gebildeten Berufe überhaupt ihre Fachbildung erhalten, in die Universität oder in die pädagogische Hochschule.“

Daß zu einer solchen die philosophische Fakultät dann werden würde, muß man allerdings fast vermuten; und daß sich dagegen alle, die ihr angehören oder nahestehen, zur Wehr setzen, ist natürlich und notwendig. Mag es auch eine schmerzliche Aufgabe sein, Wünschen entgegenzutreten, die im Sinne eines Ringens nach idealen Gütern so leidenschaftlich verkündigt werden, hier wäre jede Schwäche und Nachgiebigkeit verhängnisvoll. Nicht der Universitäten wegen, die kein Selbstzweck sind, sondern um der Kulturaufgabe willen, die sie zu erfüllen haben, und die ihnen ohnehin jetzt, mehr als recht ist, erschwert wird. Aber auch im Interesse der Arbeit, die an den Volksschulen geleistet werden soll, ist der Widerstand geboten; denn diese Arbeit ist ihrem Wesen nach von der an den höheren Schulen verschieden. Die Volksschule würde ihrer Bestimmung, auf das Leben des Arbeiters, des Handwerkers, des kleinen Kaufmanns vorzubereiten, entfremdet werden, wenn man ihr einen gelehrten Unterricht aufdrängen wollte; und das Seminar würde nicht mehr imstande sein, für diesen wichtigen erzieherischen Beruf die Lehrer auszubilden, wenn es daneben die Aufgabe übernehmen müßte, seine Zöglinge zum Besuch der Universität geschickt zu machen. Freilich hören wir alles Ernstes so sprechen, als ob es dies schon in seiner jetzigen Gestalt vermöchte, weil doch „der Abiturient des Seminars, nach dem Gesamtstand seiner Bildung, nach allgemeiner wissenschaftlicher Reife nicht hinter dem Abiturienten einer der anderen höheren Schulen zurückstehe“. Aber Muthesius, der dies behauptet, kann selber nicht bestreiten, daß, von den alten Sprachen abgesehen, auch die Oberrealschulbildung der seminarischen in fremden Sprachen, Mathematik, Physik und Chemie überlegen ist. Und das sind gerade diejenigen Zweige des Unterrichts, deren Pflege das meiste dazu beiträgt, den Geist aus der naiven Zuversicht gewohnheitsmäßigen Denkens herauszuarbeiten und mit der Selbstkritik zu bewaffnen, deren er zu eigener Vertiefung in ein wissenschaftliches Studium bedarf. Neuerdings berufen sich manche darauf, daß ja Frauen, die das Oberlyzeum durchgemacht, die Prüfung für das Lehramt an höheren Mädchenschulen bestanden und zwei Jahre an solchen Schulen unterrichtet haben, nach den Bestimmungen des Jahres 1908 zum Universitätsstudium zugelassen sind. Aber auch hier besteht noch ein beträchtlicher Unterschied gegenüber derjenigen Bildung, die auf einem Schullehrerseminar gewonnen wird. Und vor allem: die ganze Maßregel ist neu,

Der oben mehrfach angeführte Vortrag von Muthesius „Universität und Volksschulbildung“ ist als Heft 29 der „Beiträge zur Lehrerbildung und Lehrerfortbildung“ im Verlage von E. F. Thienemann in Gotha erschienen.

ohne Zustimmung, ja ohne Befragung der Universitäten durchgeführt; sie kann überhaupt nur begriffen werden aus einer ziemlich umständlichen Vorgeschichte. Und wer diese kennt, muß mit der Möglichkeit rechnen, daß die Einrichtung einmal wieder verschwinden könnte, nicht durch abändernde Verfügung, sondern durch eine von selbst sich vollziehende Verschiebung, wenn Frauen und Mädchen, die studieren wollen, mehr und mehr den Weg durch eine Studienanstalt als den natürlicheren Gang der Vorbereitung bevorzugen sollten. Das bleibt abzuwarten. Inzwischen darf ein Vorbild und Anhalt für weitergehende Zugeständnisse aus dieser vielumstrittenen Maßregel jedenfalls nicht entnommen werden\*).

Dem Andringen der Lehrerschaft werden Regierung und Landtag mit um so reinerem Gewissen und um so besserem Erfolge widerstehen, je weniger sie den Gedanken aufkommen lassen, daß Standesehrgeiz durch Standesvorurteile niedergehalten werden solle, d. h. je bereitwilliger sie solche Forderungen erfüllen, durch die ein sachliches Interesse, der Schule und derer, die an ihr wirken, gefördert wird. Daß für begabte und eifrige Volksschullehrer eine Gelegenheit zu tiefer dringender Bildung gegeben, und daß so eine Auslese solcher gewonnen werde, die nachher imstande sind, als Lehrer und Leiter von Seminaren oder als Kreis Schulinspektoren ihr Wissen und Können für einen größeren Bereich fruchtbar zu machen: darüber kann kein Streit sein. Auch ist nach dieser Seite hin unsere Unterrichtsverwaltung schon mit sachgemäßen Veranstaltungen vorgegangen. Die Frage, welcher Weg dabei einzuschlagen sei, hat im März 1912 das preußische Abgeordnetenhaus beschäftigt und wird demnächst, im Anschluß an mehrere vorliegende Anträge, aufs neue dort erörtert werden. Dabei handelt es sich hauptsächlich um die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten.

Einige deutsche Staaten, darunter neuerdings auch Bayern und Württemberg, gewähren einer auserlesenen Zahl geprüfter und bewährter Volksschullehrer die Immatrikulation für ein mehrjähriges akademisches Studium, das in einer Prüfung seinen Abschluß findet. Für die Beurteilung kommen am meisten die Einrichtungen des Königreichs Sachsen in Betracht, weil diese seit 1865 bestehen, also ihre jetzige Gestalt schon auf Grund gemachter Erfahrungen erhalten haben. Dort können solche Volksschullehrer, die ihre Wahlfähigkeitsprüfung mit der Gesamtzensur I oder Ib bestanden haben, beim Ministerium um die Zulassung zur Universität einkommen, die wohl in der Regel gewährt wird. Sie werden als Studenten der Pädagogik immatrikuliert und nehmen drei, unter Umständen auch vier Jahre lang an akademischen Vorlesungen und Übungen teil. Dann unterziehen sie sich der Pädagogischen Prüfung an der Universität Leipzig, deren Zweck ist:\*\*) „Feststellung der wissenschaftlichen Be-

\*) Diese Bestimmung wird von zahlreichen Frauen gerade um des Frauenstudiums selbst willen für verfehlt erachtet und bekämpft.  
Die Schriftlfg.

\*\*) Wortlaut nach der Bekanntmachung vom 6. Januar 1911. Die jetzt geltende Prüfungsordnung im ganzen ist vom 6. Juni 1908, veröffentlicht im Gesetz- und Verordnungsblatt der Königl. Sächsischen Regierung.

fähigung zum Unterricht an Lehrer- und Lehrerinnenseminaren, Realschulen, höheren Mädchenschulen, Studienanstalten und Frauenschulen". Wer diese Prüfung mit der Gesamtzensur IIa besteht, darf bei der philosophischen Fakultät um Promotion nachsuchen, wenn zwei Professoren sein Besuch auf Grund persönlicher Kenntnis unterstützen.

Die preußische Unterrichtsverwaltung hat, zuerst im Jahre 1896, besondere Kurse zur Fortbildung von Volksschullehrern in Berlin veranstaltet, die mit der Universität nur dadurch in Zusammenhang stehen, daß die dabei beteiligten Dozenten größtenteils dem akademischen Lehrkörper angehören. Die Dauer dieser Kurse war ursprünglich auf neun Monate bemessen, ist aber allmählich ausgedehnt worden und beträgt jetzt zwei Jahre. Außer in Berlin sind Kurse dieser Art dann auch in Posen und seit 1912 in Münster eingerichtet worden. Die Einberufung erfolgt aus der Zahl derer, welche schon die Prüfung für Mittelschulen bestanden haben, nach eigener Meldung und auf Vorschlag der Königlichen Regierungen; die Zahl der Teilnehmer soll etwa dreißig betragen. Eine Prüfung zum Abschluß fand früher nicht statt. Erst im vorigen Jahre sind Bestimmungen darüber erlassen worden,<sup>\*)</sup> nach denen es nicht so sehr darauf ankommen soll, daß ein bestimmtes Wissen festgestellt werde, „als vielmehr die Befähigung, im Gebiete des Seminars selbständig zu arbeiten und überall da, wo es möglich ist, die Beziehung zu dem wirklichen Leben herzustellen, die im Unterrichte der Volksschule die Voraussetzung alles Unterrichts ist.“ Danach wurde dann zum ersten Male im Herbst 1912 in Posen verfahren, wo die 27 Lehrer, die den Kursus durchgemacht hatten, die Prüfung bestanden haben.<sup>\*\*)</sup>

Die Frage ist nun: welcher der beiden Wege verdient den Vorzug? Gegen den in Sachsen und den übrigen Staaten eingeschlagenen sprechen, wenn auch in geringerem Grade, dieselben Bedenken wie gegen den Universitätsbesuch der Volksschullehrer überhaupt. Wenn von der anderen Seite geltend gemacht wird, man habe noch nie gehört, „daß in Leipzig die studierenden Volksschullehrer als Studenten zweiter Klasse angesehen und behandelt worden“ seien, so versteht sich das eigentlich von selbst; damit ist aber nicht bewiesen, daß sich aus der Vereinigung ganz verschiedener vorgebildeter Studierender in denselben Vorlesungen und Übungen keine Unzuträglichkeiten ergeben hätten. Darüber authentische Auskunft zu erhalten, die doch kaum anders als vertraulich sein könnte, würde nicht leicht sein. Inzwischen hat die preußische Unterrichts-

<sup>\*)</sup> „Ordnung der Abschlußprüfung an den wissenschaftlichen Kursen zur Ausbildung von Seminarlehrern“ vom 8. Juli 1912, veröffentlicht im Zentralblatt der Unterrichtsverwaltung und in den „Bestimmungen betreffend das Präparanden- und Seminarwesen“. (Galle a. S. 1912.) Die oben ausgehobenen Worte aus § 6.

<sup>\*\*)</sup> Mitgeteilt von einem Vertreter der Unterrichtsverwaltung in der Unterrichtskommission des Abgeordnetenhauses. Vgl. deren Bericht über die Anträge der Abgeordneten Kronsohn und Genossen und Dr. von Campe und Genossen betreffend Universitätsbesuch der Volksschullehrer (1912/13, Drucksachen Nr. 1155).

verwaltung recht getan, jene andere Einrichtung zu schaffen, die zwar kostspieliger ist als die der übrigen Staaten, weil sie selbständig neben die schon vorhandenen Hochschulen tritt, aber gerade durch diese Selbständigkeit einen doppelten Vorteil gewährt. Einmal entlastet sie die Universität für jetzt und für die Zukunft und bewahrt sie vor Übernahme einer fremdartigen Aufgabe, die ihren inneren Betrieb stören müßte; sie selbst aber vermag sich der besonderen Forderung, die hier erfüllt werden soll, vollständig anzupassen in dem, was vorausgesetzt, wie in dem Ziel, auf das hingearbeitet wird. Die Dozenten, seien es nun Universitätsprofessoren oder Oberlehrer, werden auch hier manches anders finden, als sie gewohnt sind; aber hier haben sie inneren Antrieb und äußeren Spielraum, darauf einzugehen. Denn hier liegt jedem von ihnen nichts anderes ob, als dafür zu sorgen, daß seine in diesem besonderen Kursus versammelten Zuhörer, bisherige Volksschullehrer und künftige Seminarlehrer, eben das finden und gewinnen, was sie gebrauchen können.

Eins mag man bedauern: daß unsere Unterrichtsverwaltung erst so spät das vorhandene Bedürfnis anerkannt und nur zögernd begonnen hat, ihm Befriedigung zu schaffen. Manche übertriebene und ungestüme Forderung wäre nicht erst laut geworden oder von selbst wieder verstummt, wenn das wirklich Notwendige und Zweckmäßige früher und aus freierem Entschluß gewährt worden wäre. Doch das gehört nun der Vergangenheit an. Eben jetzt soll, so scheint es, ein lebhafterer Gang in die Angelegenheit kommen, da aus dem Kreise der Abgeordneten auf Vermehrung und weiteren Ausbau der bestehenden Kurse gedrängt wird und die Regierung ihre Geneigtheit bekennt, dem nachzugeben. Hoffen wir, daß es noch nicht zu spät ist, durch Erfüllung sachlich berechtigter Wünsche die Beunruhigung zu bannen und den Überschuß der Kräfte, an dem wir uns doch gern freuen möchten, im Dienste positiver Aufgaben sich auswirken zu lassen.

Geheimer Regierungsrat Prof. Dr. Paul Cauer in Münster

### Anmerkung

Im Anschluß an die Ausführungen des Geh. Rat Prof. Cauer möchten wir auf eine Tatsache hinweisen, die bei der Erörterung, ob begabten und bewährten Volksschullehrern neben einer Fortbildung in speziellen Kursen der Besuch der Universität freigestellt werden sollte, Berücksichtigung zu verdienen scheint.

Die Volksschullehrer haben nämlich in nicht geringer Zahl ihre Befähigung zur wissenschaftlichen pädagogischen Forschung dargetan. Die neuere pädagogische Literatur weist namentlich auf Gebieten, die der experimentellen und statistischen Behandlung zugänglich sind und durch systematische Sammlung etwa von kindlichen Erzeugnissen gefördert werden können, zahlreiche wertvolle Arbeiten von Männern auf, die aus dem Volksschullehrerstande hervorgegangen sind, aber sich die nötige wissenschaftliche Bildung auf der Universität angeeignet haben. Die moderne pädagogische Forschung kann derartige Untersuchungen

nicht entbehren; wie groß das Bedürfnis danach ist, beweist die geplante Gründung eines Instituts für Jugendkunde in Hamburg (vgl. Heft 10 der Grenzboten dieses Jahrganges), das eine wissenschaftliche Zentralstelle der psychologischen, anthropologischen, ethischen und pädagogischen, der geisteshygienischen und sozialpädagogischen Arbeit an der Jugend sein will und in erster Reihe auf die Mitarbeit der Volksschullehrer rechnet. Die großen Ziele, die die moderne Jugendforschung sich in der Beantwortung praktischer pädagogischer Fragen steckt, sind nur mit Hilfe von Arbeitsgemeinschaften unter der zuverlässigen Führung von wissenschaftlichen Autoritäten zu erreichen und der Erfolg aller dieser Bestrebungen hängt von der Durchdringung von Theorie und Praxis ab. Nun will es uns scheinen, daß Lehrer aller Volksschichten diesen nötigen Austausch von Problemen und Problemlösungen bewerkstelligen müssen, und wenn wir auch durchaus nicht behaupten wollen, daß die in den erwähnten Arbeitsgemeinschaften zu leistende Arbeit bei allen Mitgliedern akademische Bildung vorausgesetzt und im Hinblick auf jene oder auf sonstige wissenschaftliche Bestrebungen von Volksschullehrern das allgemeine Universitätsstudium gefordert werden dürfe, so muß doch anerkannt werden, daß wir durch die Zulassung einzelner besonders Tüchtiger, die erwünschte Verbindung und wechselseitige Befruchtung von reiner Wissenschaft und Praxis der Volksschule gewinnen könnten und deshalb erstreben müssen. Denn es liegt auf der Hand, daß die Lehrer, die wir uns als Bindeglieder denken, nicht etwa bloß die Technik der psychologischen und pädagogischen empirischen Forschung beherrschen sollen, sondern in der Lage sein müssen, die großen Probleme der Erziehung und Schule von hoher Warte zu überschauen. Ethik, Psychologie, Kinderpsychologie, Psychopathologie, Ästhetik, Geschichte der Pädagogik, Schulhygiene, sind von den Lehrern als diejenigen Fächer bezeichnet worden, in die sie sich vertiefen müssen, wenn sie ihrem Beruf wahrhaft dienen wollen und mit Recht hat auch P. Oldendorff in dieser Zeitschrift auf die notwendige Durchdringung der jugendkundlichen Bestrebungen mit philosophischem Geiste hingewiesen. Die führenden Persönlichkeiten unter den Volksschullehrern sollten an der Quelle der Forschung der ihnen naheliegenden Gebiete schöpfen dürfen. Das sächsische System ist insolgedessen als Prinzip nicht von der Hand zu weisen, wenn auch ohne Zweifel die Gefahr damit verbunden ist, daß ein Teil der Volksschullehrer verleitet werden kann, sich von seinen Hauptaufgaben abzuwenden. Jedenfalls sollte der wirklich Tüchtige durch Schuld enger Schranken einer Organisation nicht mit Gewalt von seinem gesunden Streben abgehalten werden.

Die Schriftleitung

### Philologenvorbildung

Es wird an unseren Schulen unbeschreiblich viel herumgenörgelt und herumgedoktert. Und es ist wohl dort wirklich nicht alles in bester Ordnung. Aber in den allermeisten Fällen setzen die theoretischen ebenso wie die praktischen

Reformversuche an der falschen Stelle an. Alle Lehrplan-, Stundenplan-, Methodenänderungen, alle „Erleichterungen“ und Modernisierungen nützen nichts, solange die Lehrer, die die neuen Herrlichkeiten in die Praxis umsetzen sollen, sie nicht aus ganzem Herzen billigen. Und das geschieht in sehr vielen Fällen eben nicht, und so fallen die Reformen, die einen langsamer, die andern schneller ins Wasser.

Wenn die Reformen recht haben — und ich bin überzeugt, daß das zum guten Teil der Fall ist — dann muß die Reform nicht bei den Schulen, sondern bei den Lehrern beginnen. Wir brauchen andere als die Pädagogen zu Erziehern der zukünftigen Leiter unseres Volkes. D. h. wir brauchen eine andere Pädagogenzubereitung.

Ein bezeichnender Streit über diese Frage fand sich neulich im Tag. Es war vorgeschlagen worden, die jungen Pädagogen vor ihrem Studium ein praktisches Ausbildungsjahr an einer Volksschule durchmachen zu lassen. Sofort erwiderte ein akademischer Lehrer auf das energischste, daß eine Vermengung des höheren Schulwesens mit der Volksschule unter allen Umständen weit von der Hand zu weisen sei.

Der Vorfall ist typisch. Der Pädagoge ist überhaupt in keiner Weise geneigt, zuzugeben, daß Volksschulunterricht und höherer Unterricht im wesentlichen dieselben Sachen seien. Daher z. B. die Abneigung gegen den Oberlehrertitel und die Vorliebe für das in der Mädchenfortbildung ja jetzt zum Siege gelangte Kennwort „Studien“.

Daß die Behörde diesen Standpunkt nicht glattweg teilt, ist ja in neuerer Zeit klar genug durch die Zulassung der Mittelschullehrer zum Unterricht an den Unterklassen höherer Schulen bekundet worden — zum größten Schmerz der Pädagogen. Man soll aber gegen diese gerecht sein. Es handelt sich hier nicht bloß um den „Futterneid“, obwohl dieser durchaus berechtigterweise natürlich auch in Betracht kommt, es handelt sich für die Pädagogen in erster Linie um den Kampf für das innerste Wesen ihres Berufsstandes. Sie wollen Gelehrte sein und empfinden deshalb die berufliche (nicht rangliche) Gleichstellung der seminarischen Lehrer nahezu als eine Schmach.

Mit welchem Recht? — Bekanntlich stehen die Radikalen der Gegenseite auf dem Standpunkt, daß der höhere Lehrerstand sich grundsätzlich aus den tüchtigsten Volksschullehrern ergänzen solle, denen Gelegenheit zur „Weiterbildung“ verschafft werden müsse. Hier wird also auch der Standesunterschied verwischt und die beiden Kategorien Lehrer stehen zueinander wie niedere und Stabs-offiziere.

Historisch haben unzweifelhaft die Pädagogen recht: Von Haus aus ist der Bildner zukünftiger Gelehrter etwas nicht nur dem Grade, sondern der Art nach völlig Verschiedenes von dem Schulmeister der Elementarschule, der Lesen, Schreiben, Rechnen und Katechismus beibringt. Aber — inzwischen sind wir einige Jahrhunderte weiter gekommen. Unsere Volksschule ist nicht mehr Ele-

mentarschule (natürlich nun nicht etwa eine etwas niedrigere Art Gelehrtenschule, wie manche Beförderungsfüchtige möchten), sie ist Erziehungsschule. Man kann den Übergang eines großen Teils der Erziehung vom Haus an die Schule, diese pädagogische Sozialisierung, bedauern — aber sie ist da, sie ist unentbehrlich. Und die höhere Schule? Ist sie noch Gelehrtenschule? — Wer mit nicht völlig umnebelten Blicken in das praktische Leben sieht, lacht über diese Frage. Von der „Wissenschaft“ ist im Lauf der Zeit doch gar zu viel gestrichen worden und wird trotz philologischer Entrüstung immer mehr gestrichen werden. Unsere höhere Schule wird auch von Tag zu Tag mehr Erziehungsschule — und muß es werden. Das moderne Leben hat auch — oder gar erst recht? — die Hausgemeinschaft der leitenden Stände zu sehr gelockert und dabei die Ansprüche an eine zielbewußte Jugenderziehung zu sehr gesteigert, als daß diese allein in den Händen der Familie hätte bleiben können. Der Kreis der Besucher höherer Schulen hat sich daher ungeheuer erweitert. Die praktische, tatsächliche Bewertung der höheren Bildung ist bereits völlig umgestaltet. Nur die Philologenschaft kämpft noch einen aussichtslosen Kampf um die Erhaltung des Typus Gelehrtenschule. Man kann die Charakterzähigkeit und den Idealismus, der sich in diesem Kampf ausspricht, ruhig anerkennen und doch dem wirklichen Leben das Recht zusprechen, sich seine Bildungsstätten nach seinen Bedürfnissen umzuformen. Die Erfinder der Schußwaffen haben auch auf die Ehrenwertigkeit des Ritterstandes keine Rücksicht nehmen können.

Erziehungsschule! Hier liegt die starke Gemeinsamkeit beider Schularten. Der klare Unterschied liegt in der Standesverschiedenheit. Der künftige Leiter und Führer des Volkes (darum handelt es sich bei der höheren Schulbildung) bedarf einer, namentlich im fortgeschrittenen Alter, anders gearteten Erziehung und darum anders gearteter Erzieher als der Angehörige niederer Stände. Ich habe hier nicht den Raum, um diese Rezereien gegen den heiligen Liberalismus zu verteidigen\*) — ich würde ja auch doch keinen überzeugen. Hier liegt jedenfalls für mich der Grund, weshalb die höheren Schulen nicht den Seminarikern „ausgeliefert“ werden dürfen, woran natürlich mit dem sehr gemäßigten und so übel aufgenommenen Mittelschullehrererlaß auch gar nicht gedacht ist.

Aber — die große Gemeinsamkeit der beiden Lehrerstände bleibt bestehen: sie sind beide (oder sollten es sein) Erzieher. Und da — fürchtbar zu hören! — könnten die Philologen in der Volksschule und von den Seminarikern noch sehr viel lernen. Deshalb begrüße ich meinerseits den Vorschlag eines praktischen Jahres an einer Volksschule vor dem Studium als äußerst glücklich. Eben daß so viele nicht „Oberlehrer“ studieren, sondern Philologie, ist das Unglück unserer höheren Schulen. Die Wissenschaft ist nicht mehr unser höchstes Ideal, sondern das Leben.

Kreis Schulinspektor Dr. phil. Sigismund Rauh in Waldenburg i. Schl.

\*) Vgl. meinen Aufsatz „Standeserziehung“ in Heft 12, Jahrgang 1912 der „Blätter für deutsche Erziehung“.

### Weibliche Leitung höherer Mädchenschulen

Wie lange ist die Mädchenschule das Stiefkind unserer Unterrichtsverwaltungen gewesen! Erst in unseren Tagen ist auch sie von dem starken pädagogischen Interesse erfaßt worden, das heute immer weitere Kreise erfüllt, und nicht das geringste Verdienst daran haben jene hervorragenden Führerinnen der geistigen Frauenbewegung, wie Helene Lange und Gertrud Bäumer, die mit klarem Blicke erkannten, daß die Verwirklichung ihrer Forderungen zum guten Teile eine ganz andere Erziehung der Mädchen wie bisher zur Voraussetzung haben mußte. Wie war es denn bis dahin gewesen? War die höhere Töchterschule wirklich eine Vorbereitung fürs Leben gewesen, hatte wirklich die Frau den Einfluß auf die Gestaltung des Unterrichts und der Erziehung ihrer Geschlechtsgenossinnen gehabt, der ihr zufam? Im Gegenteil, die ganze Mädchenschule war nur eine Art Notbehelf, eine Anstandspflicht, mit deren Erfüllung man sich so wenig Kopfschmerzen wie möglich machte. Den schlagendsten Beweis dafür bilden die Ausgaben für das Mädchenschulwesen, die bis zum heutigen Tage einen ganz lächerlichen Prozentsatz der allgemeinen Ausgaben für das Unterrichtswesen ausmachen. Was war schließlich der letzte Grund von dieser stiefmütterlichen Behandlungsweise der Mädchenerziehung gewesen? Hauptsächlich wohl der Umstand, daß es männliche Gedankenrichtungen, männliche Ideale und männliche Auffassungen vom echt weiblichen Wesen waren, die Richtung und Mittel der Erziehung des weiblichen Geschlechts bestimmten.

Wesentliche Fortschritte sind bis heute gemacht; dank seiner durch keine humanistische Erbschaft belasteten Vergangenheit ist das Problem der Neugestaltung der Mädchenschule zu einer der reizvollsten Aufgaben für Psychologen und Pädagogen, sowie vor allem für die Unterrichtsverwaltungen in Stadt und Staat geworden, freilich zugleich ist sie auch ein Kampfobjekt — und leider, leider wird die Mädchenschule auch bald eine Versorgungsanstalt für die immer zahlreicheren jungen Lehrer werden, die wegen der Überfüllung im Lehrberuf keine Anstellung an den höheren Knabenschulen finden.

In dem Streit um die Mädchenschule sind die Frauen Schritt für Schritt vorwärts gedrungen, aber je größere Erfolge sie hatten, desto erbitterter wurde der Kampf um die noch nicht genommenen Positionen. Noch sind trotz ihrer gleichen Vorbildung weibliche und männliche Lehrkräfte in ihren Gehaltsbezügen nicht gleichgestellt, noch rangieren — ein scheinbar äußerlicher, aber doch recht bezeichnender Umstand — in den Lehrpersonallisten die Lehrerinnen meist erst hinter allen männlichen Lehrkräften, obschon doch sonst überall das Anciennitätsprinzip durchgeführt ist. Am merkwürdigsten ist aber, daß man ihnen vielfach noch den Posten mit aller Energie vorenthält, für den doch gerade sie als die Berufenen erscheinen, die oberste Leitung der Mädchenschulen.

In einigen Bundesstaaten allerdings ist ihnen die Möglichkeit gegeben, Direktorin der Schule zu werden, so in Preußen, Bayern, Baden und Württemberg. Aber auch in diesen Staaten dauert die Opposition gegen diese Neuerung

in gewissen Kreisen ungeschwächt fort. Auf dem Verbandstage der akademisch gebildeten Lehrer Deutschlands hat vor einem Jahre in Dresden Herr Oberlehrer Dr. Roedel-Bielefeld (jetzt Leipzig) in seinem Vortrage über „die Bedeutung der Mädchenschulreform für die akademisch gebildeten Lehrer Deutschlands“ auch die Frage der weiblichen Leitung berührt und sich dabei leider in einer Weise ausgesprochen, die, was Sachlichkeit und Takt betrifft, sich nicht ganz auf dem Niveau der übrigen Vorträge des Verbandstages hielt. „Alle Eingaben gegen diese verhängnisvolle Neuerung, die einen Mann gegen seinen Willen gegebenenfalls unter die Amtsbefugnisse einer Frau stelle, seien erfolglos geblieben. Gewichtige Gründe psychologischer und politischer Natur sprächen aber entschieden gegen die weibliche Leitung. Die Frage sei von allgemeiner Bedeutung. Die Oberlehrer hätten den ersten Sturm auszuhalten; blieben die Frauenrechtlerinnen hier siegreich, so würden sie sicher für alle weiter in Frage kommenden Fälle die Folgerungen gründlichst ziehen. Noch sei es Zeit, die Bresche, die die preußische Mädchenschulreform hier geschlagen habe, wieder zu schließen; denn namentlich seitens der Gemeinden sei die Neigung zur Anstellung von Direktorinnen sehr gering. Aber freilich bedürfe es der Überzeugung bei der Gesamtheit der deutschen Oberlehrerschaft, daß zum Wohl der Schule der Mann die Leitung behalten müsse. Freunde der schrankenlosen Frauenbewegung in unseren Reihen müßten geradezu als Feinde des Standes und des Staates angesehen werden!“ Sehr erfreulich war es, daß sich gegen diese übertriebenen Äußerungen sofort eine lebhaftere Opposition geltend machte; so wurde auch der Schlußsatz der Resolution (daß öffentliche höhere Mädchenschulen mit männlichen Lehrkräften nur unter männlicher Leitung stehen dürfen) gegen die doch recht beträchtliche Minderheit von 24 Stimmen angenommen, und bei der Nachmittagsitzung wurden namens der Minorität nochmals Bedenken gegen die etwas hastige Erledigung dieser wichtigen Frage vorgebracht.

Welches sind eigentlich die Gründe, die die Gegner gegen die weibliche Leitung höherer Mädchenschulen ins Feld führen? An erster Stelle heißt es immer, es sei gewissermaßen entehrend für einen Mann, unter dem amtlichen Regiment einer Frau zu stehen. Im Grunde genommen sind das eigentlich die etwas abgenutzten Schlagworte aus dem Kampfe gegen die allgemeine Frauenbewegung. Ist schon die Gleichberechtigung der Frau zu bekämpfen, so ist die Überordnung einer Frau über den „Herrn der Schöpfung“ überhaupt ein Frevel gegen die Weltordnung. Offen oder versteckt wird dabei auch der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Frau als Frau aus körperlichen wie geistigen Umständen unfähig sei, die Leitung einer Schule und damit einen so verantwortungs- und arbeitsreichen Posten zu übernehmen. Ist denn diesen Gegnern gänzlich unbekannt, welche geistig hochstehende Frauen heute auf den verschiedensten Lebensgebieten mit dem größten Erfolg tätig sind? Warum soll es denn die Mannesehre verletzen, unter einer hervorragenden Frau zu dienen, wo doch dieselbe Mannesehre nicht Schaden nimmt, wenn sie in so

vielen Fällen, im Beruf wie im Leben überhaupt, schweigen lernen muß? Ja, soll es denn überhaupt eine Schande sein, einer anerkannt bedeutenden Frau zu gehorchen, wo es sich doch hier wirklich nicht allein um die Person, sondern zugleich um die Idee handelt, der man dient?

So erbittert der Kampf hin- und herwogt, er sollte doch wenigstens immer mit ehrlichen Waffen ausgefochten werden. Äußerungen, wie die, daß es eines Mannes nicht würdig sei, unter einer Direktorin zu arbeiten, „weil im gesamten kulturellen Leben, soweit es die Geschichte kennt, der Mann als der animalisch stärkere Mensch erscheint und ihm deshalb bei allen Völkern der größere Anteil am schaffenden und organisierenden Leben zugefallen ist,“ verdienen die scharfe Abfertigung, die ihnen vor kurzem ein verdienter Vorkämpfer der Schulreform, W. Hartmann in Leipzig, in den Blättern für höheres Schulwesen zuteil werden ließ. Temperamentvoll führt Hartmann dabei aus, „ob man denn wirklich ganz übersehen könne, daß z. B. ein Volk von so ausgeprägt männlichem Charakter wie das englische einer seiner glänzendsten Geschichtsepochen unter der Herrschaft einer Frau erlebt hat. Man hat aber noch nichts davon erfahren, daß die hervorragenden Männer, die die Zierde des Elisabethischen Zeitalters bildeten, sich durch das Regiment einer Frau in ihrer Manneswürde gedemütigt gefühlt hätten. Und ein ganz anderes Volk, dem aber gewiß auch niemand den männlich soldatischen Charakter absprechen wird, jubelte begeistert einer Frau zu: ‚Moriatur pro rege nostro Maria Theresia!‘“

Das Standesbewußtsein in Ehren, aber man sollte darüber nicht so oft den Beruf vergessen. Und eins bleibt doch immer noch recht merkwürdig, daß nämlich bisher hunderte von männlichen Lehrkräften recht gern an Privatschulen unter weiblicher Leitung gearbeitet haben, ohne daß ihre Mannesehre darunter gelitten hat. Lösen wir doch das Problem los von all den kleinlichen Interessen persönlicher und materieller Natur, das Geschlecht allein entscheidet nicht darüber, ob jemand fähig oder unfähig ist, an der Spitze eines Schulorganismus zu stehen, sondern das ist einzig eine Frage der Persönlichkeit. Seien wir nur einmal neidlos genug, im Leben wie im Beruf rückhaltlos die besonderen Fähigkeiten und Kräfte eines Menschen anzuerkennen, ohne jeden egoistischen Nebengedanken, dann werden wir von selbst dazu kommen, nicht mehr zu fragen, ob einer Mann oder Frau ist, sondern einzig und allein, ob er ein wahrer Mensch, eine Persönlichkeit im tiefsten und umfassendsten Sinne des Wortes ist.

Gymnasiallehrer Manfred Pollatz in Dresden

